

Stellungnahme der Fachschaft Psychologie der Universität des Saarlandes zum aktuellen Stand der Musterweiterbildungsordnung auf Landesebene des Saarlandes

Sehr geehrte Leser:innen,

hiermit möchten wir, die Vertreter:innen der Fachschaft Psychologie der Universität des Saarlandes, über die derzeitige Interessenlage der Studierenden bezüglich des aktuellen Standes der Umsetzung der Ausbildungsreform zum/ zur Psychotherapeut:in im Saarland informieren und uns positionieren.

Der erneuerte Studiengang ist bereits im Bachelor angelaufen, doch der weitere psychotherapeutische Werdegang im Saarland ist ungewiss. Wie es nach dem Studium für alle angehenden Psychotherapeut:innen weitergehen soll, ist mehr als unzureichend geregelt.

Die Aus- und Weiterbildungsinstitute planen ab 2025 mit dem Start der neuen psychotherapeutischen Weiterbildung, welche auf den neuen klinischen Master folgen soll. Wie diese genau umgesetzt werden soll, wie die Aus- und Weiterbildungsinstitute diese finanzieren sollen und vor allem wie das parallele Existieren von alter Ausbildung und neuer Weiterbildung finanziert und umgesetzt werden soll, ist noch unklar. Die gesetzlichen Regelungen auf Landesebene hängen ihrem Soll-Zustand deutlich hinterher. Es ergibt sich nicht nur für die angehenden Psychotherapeut:innen in Weiterbildung (PTWler) eine weitgehende Planungsunsicherheit, sondern auch für die Psychotherapeut:innen in Ausbildung (PiAs) des alten Systems.

Gerade kleinere Institute stehen vor dem Konflikt der Finanzierung, denn ohne Fördermittel ist es für sie nicht tragbar Ausbildung und Weiterbildung bis zum Auslaufen des alten Systems 2032 parallel anzubieten. Wir sehen darin das im Grundgesetz festgeschriebene Recht auf freie Berufswahl bedroht (Art. 12 Abs. 1 GG) und fürchten, dass Studierende die im letzten Jahr des alten Systems gestartet sind, nicht sicher sein können, ob sie nach dem Studium die Ausbildung nach dem alten System im Saarland vollenden können. Eine Nachqualifikation für Studierende im alten System ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Es fehlt hier für Psychologiestudierende die Sicherheit bezüglich ihrer beruflichen Zukunft, was das Saarland für angehenden Psychotherapeut:innen zu einem unattraktiven Studien- und Berufsstandort macht.

Die Unterscheidung zwischen altem und neuem Abschluss als psychologische Psychotherapeut:in bringt nicht nur in der Ausbildung Schwierigkeiten mit sich, sondern auch im Beruf. Nach dem neuen System ist es Psychotherapeut:innen gestattet, in spezifischen Arbeitsfeldern Zusatzqualifikationen zu erlangen, welche von der Krankenkasse anerkannt werden. Darunter fällt beispielweise die Spezialisierung als Schmerzpsychotherapeut:in oder Psychodiabetolog:in. Den Psychotherapeut:innen aus dem alten System ist die Anerkennung, Ankündigung und Nutzung dieser Spezialisierung im Saarland bisher nicht möglich, was im Berufsalltag ein Zwei-Klassen-System erzeugen könnte. Vertreter:innen des gleichen Berufsstandes haben somit unterschiedliche Befugnisse, was absolut nicht tragbar ist.

Diese zwei Klassen zeigen sich schon in der Aus- und Weiterbildung. Primär ist für die PTWler eine ihres Abschlusses angemessenen Bezahlung geregelt, für die PiAs nicht. Das hat des Weiteren zur Folge, dass PTWler für die Kliniken finanziell weniger attraktiv sind als PiAs. Es besteht die Gefahr, dass in der Überschneidungszeit der beiden Systeme, die Klinikplätze für die Aus- und Weiterbildung stark umkämpft sein werden. Das darf nicht passieren. Es muss für alle PTWler und PiAs gewährleistet werden, dass Sie einen Klinikplatz bekommen und ihren Abschluss erwerben

können. Das geht nur, wenn jetzt konkrete Regelungen geschaffen und erforderliche Ressourcen bereitgestellt werden.

Die hier beschriebene Problematik betrifft nicht nur die berufliche Zukunft der Psychologiestudierenden und Psychotherapeut:innen im Saarland. Die Zahl der Menschen, welche auf psychotherapeutische Hilfe angewiesen sind, steigt und die Wartezeiten für einen Therapiebeginn sind heute schon zu lange¹. Im Zuge der Sars-CoV-2 Pandemie dürfte die Zahl der auf eine Therapie angewiesenen Menschen, vor allem im Kindern- und Jugendbereich, weiter steigen.

Wenn die hier beschriebenen Probleme nicht gelöst werden, drohen Jahrgänge ohne neue approbierte Psychotherapeut:innen. In Konsequenz kann die Versorgungssicherheit im Saarland in Zukunft nicht mehr gewährleistet werden.

Deshalb sind jetzt konkrete Maßnahmen nötig. Die zukünftige psychotherapeutische Versorgung des Saarlandes entscheidet sich mit der beruflichen Perspektive der nächsten Kohorten an Psychologiestudierenden.

Zusammenfassend fordern wir:

- die Sicherung der beruflichen Ausbildung für alle PiAs
- konkrete Regelungen zur Gleichstellung der Psychotherapeut:innen in Ausbildung und in Weiterbildung
- psychotherapeutische Versorgungssicherheit für das Saarland.

Bei Rückfragen oder für ein Gespräch stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,
die Fachschaft Psychologie der Universität des Saarlandes



Katharina Epstein
(Mitglied des FSR Psychologie der UdS)



Philipp Nicola Last
(Mitglied des FSR Psychologie der UdS)

Kontakt:
Psycho.fsr.saarbruecken@googlemail.com

In Zusammenarbeit mit dem PiA-Ausschuss der Psychotherapeutenkammer des Saarlandes:



Kristina Haase
(Vorsitzende des PiA-Ausschusses)

¹ Laut einer BPTK-Auswertung von über 300.000 Versichertendaten für das Jahr 2019 warten rund 40 Prozent der Patient:innen, nach zuvor gestellter psychotherapeutischer Indikation, mindestens drei bis neun Monate auf den Beginn einer Behandlung.